



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/252 - 31. Oktober 1955
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 082 890

| | |
|--|------|
| Um die Stellvertretung Adenauers | S. 1 |
| Faure büßt für die Fehler seiner Vorgänger | S. 3 |
| Die Briefaktion der SED | S. 5 |
| Landgewinnung in Schleswig-Holstein | S. 6 |

Die Krankheit des Kanzlers

FB. Es ist nicht Sache der Opposition, Kombinationen darüber anzustellen, ob die Mitteilungen über den Gesundheitszustand des Bundeskanzlers zu Beginn der Krankheit schönfärberisch gehalten waren, jetzt aber der Wahrheit entsprechen. Die Opposition muss sich in diesem Falle an die amtlichen Verlautbarungen halten, aus denen hervorgeht, dass der Bundeskanzler nach einem Erholungsaufenthalt zur Wiederherstellung seiner Gesundheit voraussichtlich erst Mitte Januar nächsten Jahres wieder im Palais Schaumburg antreten wird.

Unter drei Gesichtspunkten ist dieser Tatbestand zu betrachten: Zunächst die menschliche Seite. Hier ist bekannt, dass die Opposition die physischen Leistungen des 79jährigen Kanzlers immer geachtet hat und sie ihm aufrichtig gute Besserung und Genesung wünscht.

Zum zweiten aber gibt es eine politische Seite dieser Krankheit, die mit Sorge betrachtet werden muss. Heute rächt es sich nämlich bitter, dass der Bundeskanzler den Artikel 65 des Grundgesetzes:

" Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung "

immer so ausgelegt hat, dass die Regierungspolitik heute praktisch mit zwei Augen steht oder fällt. Der zweite Satz dieses Artikels des Grundgesetzes, nämlich, dass innerhalb dieser Richtlinien jeder Bundesminister seinen Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung leitet, ist nie erfüllt worden. Heute zeigt sich die-

ser Mangel in geradezu erschreckendem Maße.

Es wird nach der Genfer Aussenminister-Konferenz eine neue aussenpolitische Debatte erforderlich sein, die bisher immer zu den Reservaten des Bundeskanzlers gehört hat. Die Opposition wird im Interesse der deutschen Politik mit einer solchen Debatte nicht bis Mitte Januar 1956 warten können. Der CDU-Parteitag, der auf Wunsch des Bundeskanzlers bis Mitte Januar vertagt worden ist, soll zur Frage der Sozialreform Stellung nehmen. Erst im nächsten Jahr wird man also erfahren können, welche Auffassungen die parlamentarisch grösste Partei im Bundestag zu dieser wichtigen Frage hat. Dadurch werden zwangsläufig sämtliche Entscheidungen auf der ministeriellen Ebene vertagt; der Erfolg ist, dass Millionen von Menschen, für die die Sozialreform eine Lebens- und Existenzfrage in Mark und Pfennig ist, weiter warten müssen.

Es ist auch nicht angängig, die parlamentarische Behandlung des Falles Schmeißer auf unbegrenzte Zeit zu verschieben; hunderte von Problemen gibt es so, die ins Stocken geraten, weil der Bundeskanzler krank ist, und weil^{er} in den letzten Jahren die Kanzler-Demokratie fast bis zu einem autoritativ-autoritären System entwickelt hat. Das Interesse des Bundeskanzlers sollte nach diesen Erfahrungen jetzt selbst darin liegen, die Kontinuität der Arbeit zu wahren. Die Opposition jedenfalls wird sich im Interesse der deutschen Politik nach diesem Grundsatz richten müssen.

Zum Dritten entsteht ein verfassungsrechtliches Problem; das der Stellvertretung des Bundeskanzlers. Der Gerüchte und Dementis über den inneren Kabinettsrat oder die Stellvertretung durch Schäffer, sind zu viele, als dass man hier nicht eine klare Regelung fordern müsste. Falls die Stellvertretung durch Vizekanzler Blücher tatsächlich nur als eine Routineangelegenheit ohne politisches Gewicht gedacht ist, nun, so soll man eine andere Regelung treffen, die zwischen den Koalitionspartnern vorzuverhandeln und dem ganzen Bundestage zu billigen wäre, denn schließlich gibt es auch darüber grundgesetzliche Bestimmungen. Es darf nicht dabei bleiben, dass ein Staatssekretär ohne jede parlamentarische Verantwortung, der zu einem Teil noch nicht einmal das Vertrauen der Koalitionspartner, geschweige denn der Opposition besitzt, heute alle Fäden in der Hand hält.

Die Opposition geht nicht so weit wie die Junge Union der CDU, die western sehr massiv die Klärung der Nachfolge des Bundeskanzlers gefordert hat. Sie darf aber wohl mit Fug und Recht verlangen, dass bis zur Wiederkehr von Dr. Adenauers klare Verhältnisse geschaffen werden.

Die Unglücksfälle der Regierung Faure

b.v. Paris

Wenn Edgar Faure, der bei der letzten Abstimmung nur mit der knappen Mehrheit von zwölf Stimmen der Niederlage entging, in der zweiten Oktoberhälfte Zeit gehabt hätte, einmal in Ruhe eine Bilanz zu ziehen, so hätte er, dieser treffliche Jurist, selbst zugeben müssen, dass seine Firma mit erheblichen Verlust gearbeitet hatte.

Auf dem Bilanzbogen hätte Edgar Faure eine Reihe von Vorkommnissen eintragen müssen, die er mit gutem Recht zum Teil als Unglücksfälle bezeichnen könnte. Leider ändert dies aber nichts an ihrem Vorhandensein, und ebenso wenig ändert hieran die sogenannte "Schuldfrage". Ob das Kabinett Faure an dieser oder jenem Vorkommnis schuld war, können besten Falles einmal die Historiker feststellen; die Politiker begnügen sich mit der Tatsache, dass gewisse Dinge während der Regierungszeit Faures vor sich gingen.

Als Edgar Faures Parteifreund und Amtsvorgänger Pierre Mendès-France gestürzt wurde, gab den Russen Anlass hierzu seine Afrika-Politik. Er hatte, sehr gegen den Willen eines Teiles der Rechten und eines Teiles seiner eigenen radikalsozialistischen Partei, einen Staatsvertrag mit Tunesien geschlossen, der den Kolonialisten ein Dorn im Auge war, und er schien die Absicht zu haben, in Algerien (das offiziell ein Teil des Mutterlandes Frankreich ist) Reformen einzuführen, sowie im Protektorat Marokko eine neue Politik anzuwenden. Auch Edgar Faure trat und tritt für Reformen in Algerien ein. Nur änderte dieses Eintreten nichts daran, dass in Algerien ein Aufstand ausbrach, der mit Zug als Krieg bezeichnet wird, gewaltige Summen kostet, und dessen Ende noch nicht entfernt abzusehen ist.

Aber auch in Marokko ereignete sich ein Unglücksfall nach dem anderen. Erst wurde der einstige Saar-Hochkommissar Grandval zum Generalresidenten ernannt und ihm der Auftrag erteilt, die Vorbereitungen für etliche Reformen durchzuführen, Dabei sties Grandval auf den Widerstand der französischen Kolonialisten in Marokko. Er wurde verhöhnt, gedenktigt, tätlich angegriffen, ja im wahren Sinne des Wortes angespuckt. Grandval gab diesen undankbaren Posten auf, und an seine Stelle trat ein General. Sein wichtigster Auftrag war der, den vor zwei Jahren von Frankreich eingesetzten Sultan zur Abdankung zu nötigen und einen Thronrat zu bilden. Der General tat zunächst nicht das eine und

nicht das andere. Es mussten erst etliche Schritte unternommen werden, bis endlich ein Thronrat gebildet wurde. Kaum war dies geschehen, als die "stärkste Stütze Frankreichs" in Marokko, der Berber-Fürst El Glaui öffentlich erklärte, er denke nicht daran, diesen Thronrat anzuerkennen, und er wünsche die Rückkehr jenes Sultans, den er selbst zwei Jahre zuvor geholfen hatte, aus dem Lande zu jagen.

In Afrika also sind der Unglücksfälle etliche zu verzeichnen, - mit Ausnahme von Tunesien, wo der von Mendès-France abgeschlossene Staatsvertrag gute Früchte trägt. Die afrikanische Politik hat jedoch eine weitere Niederlage mit sich gebracht und zwar auf dem Boden der Vereinten Nationen, der UNO, wo es den arabisch-muselmanischen Mitgliedstaaten mit Hilfe einiger nicht-muselmanischer Mitglieder gelang, gegen den Willen Frankreichs die Algerienfrage zur Debatte stellen zu lassen. Da, wie erwähnt, Algerien als Teil Frankreichs gilt, protestierte Aussenminister Antoine Pinay: Es handele sich um einen innenpolitischen Vorgang, der die UNO nicht berühre. Trotz des Protestes unterlag Frankreich. Unter Führung Pinays verliess die französische Delegation den Sitzungssaal und nimmt nun nur noch an den Sondersitzungen teil.

Kurz nach diesem Unglücksfall in New York ereignete sich das Malheur an der Saar. Keinesfalls trifft die Schuld an diesem Versagen der französischen Politik die Regierung Faure; denn als Faure zur Regierung kam, bestand ja bereits das mit Mendès-France abgeschlossene, im Zuge der Pariser Verträge festgelegte Saar-Abkommen. Edgar Faures Pech war lediglich, dass die Folgen der verfehlten Saar-Politik gerade unter seiner Regierung zur Explosion führten, und dass sie daher in der Bilanz auf der Passiv-Seite zu verbuchen sind.

Auf der Passiv-Seite aber sind auch die schon erwähnten Ausgaben für den Krieg in Afrika zu verbuchen, die französischen Volkswirten zu denken geben. Da niemand ermessen kann, wie lange der Krieg noch dauern wird, kann auch niemand errechnen, um welche Beträge das Budget überschritten werden wird. Dass es aber sehr beträchtliche Beträge sein werden, ja sogar gefährlich hohe Beträge, daran gibt es kaum noch einen Zweifel.

Wenn also Edgar Faure Zeit gehabt hätte, für sich selbst eine Art politischer Bilanz zu ziehen, so könnte er, der so vielen grossen Firmen mit juristischen Rat geholfen hat, nicht gerade zufrieden sein. Dabei bleibt es weiterhin fraglich, ob irgendein anderer Regierungschef es vermocht hätte, die Unglücksfälle zu vermeiden, die sich ereignet haben. An der Bilanz selbst aber ändert auch dieser sehr berechtigte Zweifel nichts.

31. 10. 1955

Fleißige Briefschreiber ohne Antwort

KJ. Das Briefeschreiben der SED-Aktivisten an harmlose westdeutsche Bürger hat sich mittlerweile zu einer wahren Seuche entwickelt. Da kommen Postkartengrüße aus FDGB-Erholungsheimen, Briefe von Kindern an andere Kinder, der mitteldeutsche Herr Müller schreibt an den westdeutschen Herrn Kunze, dass es ihm in der DDR glänzend ginge. So sieht zum Beispiel der Brief eines "Jungen Pioniers" an einen Lehrer in der Bundesrepublik aus: "Sehr geehrter Herr... Ich bin zwölf Jahre alt und habe keinen Vater mehr. Er fiel 1944 im Krieg. Meine Mutter muss allein für mich sorgen. Uns geht es gut, und wir verdanken das der Regierung unserer DDR und unseren russischen Freunden. Unsere Volkspolizei schützt unsere Heimat und will den Frieden bewahren. Im Westen aber unterdrücken die Amerikaner die Freiheit und bauen eine Söldnerarmee auf. Sorgen Sie bitte dafür, dass die deutsche Jugend sich nicht dafür hergibt und wir keinen Krieg mehr haben. Recht herzliche Grüße --"

Besonders gewichtig sind die Briefe irgendwelcher Gemeinderäte an einen "lieben westdeutschen Kollegen". Hier wird hohe Politik gemacht, die Weltlage dialektisch durchleuchtet, die Atombombe verdammt. Am Ende aber steht wieder die "Sehnsucht aller Deutschen nach einem einigen, friedliebenden und demokratischen Deutschland" und die "gemeinsame Aufgabe, sich über die unnatürliche Zonengrenze hinweg die Hand zu reichen".

Zur Weltrevolution und zur Liquidierung Adenauers rufen die Briefe nicht auf; vielmehr wird mit ihnen unter der stillschweigenden Devise, dass der stete kommunistische Tropfen den bürgerlichen Stein der Einfältigen schon löhlen würde, echte Zersetzung getrieben. Wahrscheinlich zeigt man sich schon zufrieden, wenn eine Stimmung hier und da aufkommt: "die da drüben sind ja auch Menschen." Dass die wenigsten Briefschreiber überzeugt von dem sind, was sie angeblich "spontan" mitteilen, ist offenkundig. In Wahrheit haben die Absender ein Soll an "Betreuung der westdeutschen Brüder und Schwestern" zu erfüllen. Von Pankow aus wird den Partei- und Betriebsorganisationen, FDJ-Gruppen, Hausgemeinschaften, Schulen und Vereinen eine entsprechende Auflage erteilt; eine zentral gesteuerte Adressenkartei liefert gleichzeitig den Empfänger. Die Briefe sind - unterschieden nach sozialer Stellung des Adressaten, Herkunft, Alter und manchen anderen

31. 10. 1955

Gesichtspunkten - in Form und Inhalt gleich. Die Briefschreiber machen oft die gleichen orthographischen Fehler, die das Original aufweist.

Der westdeutsche Bürger wird in der Regel die Briefe eines unbekanntes Freundes aus der DDR achselzuckend in den Papierkorb werfen. Das ist die eine mögliche Form, den schablonisierten Propagandaablauf aus der Zone abzuweisen. Die andere wäre, mit dem Absender, der ja meistens selber kein hundertprozentiger SEDist ist, ins Gespräch zu kommen - ihm zu antworten. Hier liegt eine bislang völlig ungenutzte Möglichkeit, gesamtdeutsche Kontakte in einem Sinne aufzunehmen, der den Pankower Machthabern alles andere als sympathisch wäre. Der Bumerang würde sie empfindlich treffen.

+ + +

Der Kampf mit dem blanken Hans

R.A. Kiel

Die Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein haben entlang der Nordseeküste sozusagen stellvertretend für alle Bundesländer eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Das ist die Sicherung der vorhandenen Seedeiche, die Neulandgewinnung aus dem Meere und die Entwässerung der weiten, oft unter dem Meeresspiegel unmittelbar hinter den Deichen liegenden Ebenen. Gegenwärtig sind rund 15000 Arbeitnehmer zwischen Emden und Bäderinsel Sylt mit den körperlich äusserst anstrengenden wasserwirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt.

Am Hindenburgdamm, der unmittelbar an der dänischen Grenze zur Insel Sylt durch die Nordsee führt, geht ein neuer Koog seiner Vollendung entgegen. Zum ersten Male nach dem Kriege wurde hier im letzten Regensommer von ständigen Sturmfluten begleitet ein 7,2 m hoher Deich im Wattenmeer errichtet. 1300 ha Neuland werden jetzt dort zur Kultivierung vorbereitet, wo einst im 17. Jahrhundert das friesisches Dorf Rentoft von einer Sturmflut verschlungen wurde. Der neue Deich wurde auf Grund der Erkenntnisse, die bei der Hollandkatastrophe gemacht wurden, bemessen. Er fällt besonders flach ins Meer ab und ist höher als andere Deiche.

In Kiel und Kopenhagen sind Wasserbauexperten dabei, einen rund 2500 ha grossen Koog zwischen den Dämmen, die nach Sylt und zum dänischen Badeparadies Rön führen, zu entwerfen. Dieser grösste Koog,

der je an der jütländischen Nordseeküste geplant wurde, soll einmal über die Staatsgrenze hinweg verlaufen und in deutsch-dänischer Gemeinschaftsarbeit errichtet werden. Die sehr schwierige kartographische Vermessung des Deichvorlandes hat begonnen. Ein Hauptproblem wird darin bestehen, den wasserreichen Grenzfluss Wiedau durch das unter dem Meeresspiegel liegende Neuland hindurchzuführen und mittels gewaltiger Pumpen und Seeschleusen in die höher gelegene Nordsee hinauszudrücken.

Hinter den niedersächsischen Seedeichen soll im Dreieck zwischen Cuxhaven, Bremen und Emden ein riesiges Gebiet von 600 000 ha von der ständig wiederkehrenden Überschwemmungsgefahr befreit werden. Bei den gefürchteten und von Springfluten begleiteten Nordweststürmen fällt in diesem Bezirk ausserordentlich viel Regen. Die Küstenflüsse müssen dieses Wasser aber gerade dann in die Nordsee abführen, wenn sich vor den Seedeichen das Hochwasser staut. Um hochwasserführende Flüsse bei Weststürmen in die Nordsee hinauslassen zu können, sind teure und gewaltige Wasserbaumaßnahmen erforderlich. Zum Teil müssen hinter den Deichen gewaltige, ebenfalls eingedeichte Binnenseen errichtet werden, in denen die regenreichen Flüsse vorübergehend "aufgestapelt" werden können. Nach Abschluss der wasserwirtschaftlichen Bauten erwartet man in diesem Dreieck, in dem 340 000 ha landwirtschaftlich benutzt werden, eine Ertragssteigerung von 100 Millionen DM jährlich.

Die wissenschaftliche Untersuchung der Ursachen der holländischen Überschwemmungskatastrophe haben die Ansicht des Sinkens der Nordseeküste bestätigt. Wissenschaftler der Kieler Universität waren bereits vor längerer Zeit zu der Erkenntnis gekommen, dass sich im Nordjütland eine Art Achse befindet. Nördlich davon steigen die norwegischen Felsgebirge aus dem Meer in die Höhe; südlich davon aber sinkt die ohnehin flache Nordseeküste Dänemarks, Deutschlands, Hollands und Belgiens immer tiefer in den Nordseespiegel hinab. Aufzeichnungen des Wilhelmshavener Pegelwärters weisen nach, dass sich die Nordseeküste hier in den letzten 50 Jahren um 25 cm senkte. Das bedeutet praktisch, dass die gesamten Nordseedeiche zwischen Emden und Sylt um diese 25 cm erhöht werden müssten, was allein über 100 Millionen DM kosten würde.

Wasserbauer planen auf Jahrzehnte; der Bundeshaushalt sowie

die Länder-Etats werden immer nur für die Dauer eines Jahres genehmigt. Die Wasserbauer müssen in Jahrzehnten denken, denn Landgewinnungsarbeiten und Entwässerungsmaßnahmen können nicht einfach stillgelegt werden, wenn der neue Staatshaushalt seine Summen in eine andere Richtung lenkt. So betonen dann die maßgebenden Fachleute im Landwirtschaftsministerium in Kiel und Hannover immer wieder, dass man für sie langfristige Investitionsetats aufstellen möge, damit sie ihren Kampf mit dem blanken Hans besser bestehen können.

+ + +

Kein Lied für die politischen Häftlinge ?

Der Nordwestdeutsche Rundfunk leitet seit dem Jahre 1952 sein sonntägliches Wunschkonzert mit einem Lied für die noch nicht zurückgekehrten Kriegsgefangenen ein. Das ist eine lobenswerte Einrichtung, für die dem NWDR alle Anerkennung gebührt. Aber wird sie nicht vielleicht doch bald gegenstandslos werden, weil die Kriegsgefangenen in der nächsten Zeit alle nach Hause kommen ?

Der Nordwestdeutsche Rundfunk muss aber die schöne Gewohnheit, der Gefangenen zu gedenken, nicht aufgeben. Denn: es gibt noch genügend zurückgehaltene Personen in den Ostblockstaaten und es gibt die politischen Häftlinge in der Sowjetzone. Auch sie verdienen es, dass man ihrer mit einem Lied gedenkt - und nicht nur vom NWDR. Diese Geste wäre sehr zu begrüßen in einer Atmosphäre bundesdeutscher Laune, wie sie leider den politischen Widerstandskämpfern und den unschuldig Eingesperrten gegenüber weithin besteht.

- + +

An unsere Bezieher:

Unsere nächste Ausgabe des Pressedienstes erscheint
am Mittwoch den 2. November 1955.

Redaktion und Verlag des Pressedienstes.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau